

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales  
und Gesundheit  
am Donnerstag, dem 20.11.2014, im Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 14:00 Uhr  
Ende: 18:15 Uhr**

		Seite
<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner <b>188/2014</b>	<b>5</b>
2.	Vorstellung des Sozialleistungsberichts 2014 <b>163/2014</b>	<b>6</b>
3.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung des Budgets des Jobcenters, des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2015 <b>164/2014</b>	<b>7</b>
4.	Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht <b>162/2014</b>	<b>16</b>
5.	Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2015 für das Jobcenter Kreis Warendorf <b>165/2014</b>	<b>17</b>
6.	Kommunale Pflegeplanung 2014 <b>094/2014</b>	<b>18</b>
7.	Richtlinien der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege <b>182/2014</b>	<b>19</b>
8.	Umsetzung des Kreisentwicklungsprogramms WAF 2030 <b>100/2014</b>	<b>20</b>
9.	Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 19.11.2014 <b>219/2014</b>	<b>21</b>

**Anlagen**

- Anlage 1      Stellungnahme des Jobcenters zur Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.11.2104 zur Mietobergrenze bei Kosten der Unterkunft
- Anlage 2      Sachbericht des Jobcenters
- Anlage 3      Kommunale Pflegeplanung 2014

**Anwesend:**

<b>Ausschussmitglieder</b>
Aydemir, Ergül
Birkhahn, Astrid
Blömker, Franz-Ludwig
Geiger, Andrea
Hein-Kötter, Dorothea
Hermans, Pia
Hohmann de Palma, Ingrid
Hövelmann, Volker
Multermann, Joachim
Schmelter, Marion
Stöppel, Gregor
Strecker, Rita
Strohbücker, Josef
Strübbe, Robert
Werning, Frederik
<b>stellv. Ausschussmitglieder</b>
Dufhues, Hannelore
Schmedding, Josef
Schulte, Stephan
<b>von der Verwaltung</b>
Börger, Heinz Dr.
Funke, Stefan Dr.
Hanewinkel, Martin
Kleier, Ulrike
Middendorf, Anne
Rehfeldt, Elke Dr.
Schabhüser, Helmut
Schreier, Petra
Schulte-Sienbeck, Verena
Uhkötter, Richard
Witt, Ilona

**Es fehlten entschuldigt:****Ausschussmitglieder**

Heringloh-Poll, Norbert

Jacobi, Silvia

Lehnert, Susanne Dr.

Herr Strübbe eröffnet um 14.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit mit Einladung vom 07.11.2014 form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Es liegt ein Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 19.11.2014 vor. Herr Strübbe schlägt vor, diesen als Tagesordnungspunkt 9 zu behandeln. Anmerkungen gibt es zu diesem Vorschlag nicht.

Herr Blömker beantragt die Absetzung von Tagesordnungspunkt 6 –Kommunale Pflegeplanung 2014– von der Tagesordnung.

Frau Schulte-Sienbeck erläutert die Notwendigkeit einer Beschlussfassung, da die Kommunale Pflegeplanung als Instrument für die Beratung von Trägern und Investoren erforderlich sei. Bei einer Beschlussfassung erst im März 2015 würde dieses Instrument in den nächsten Monaten fehlen.

Herr Dr. Börger schlägt vor, dass Frau Schulte-Sienbeck die Kommunale Pflegeplanung 2014 in dieser Sitzung vorstellen solle. Auf eine Abstimmung solle verzichtet werden, die Entscheidung über den Beschlussvorschlag solle der Kreisausschusses in seiner Sitzung am 05.12.2014 treffen.

<b>I. Öffentlicher Teil</b>
-----------------------------

<b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>
--

<b>188/2014</b>
-----------------

Es wurden keine Fragen gestellt.

**2. Vorstellung des Sozialleistungsberichts 2014****163/2014**

Frau Middendorf erläutert, dass der Sozialleistungsbericht einen detaillierten Überblick und Kurzbeschreibungen der einzelnen Leistungsfelder der Sozial- und Jugendhilfe, des Gesundheitsamtes und des Jobcenters sowie über die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen gebe.

Fragen zum Bericht ergeben sich keine.

<b>3.</b>	<b>Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung des Budgets des Jobcenters, des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2015</b>	<b>164/2014</b>
-----------	--	-----------------

Den Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit liegt der vom Landrat in der Sitzung des Kreistages vom 24.10.2014 eingebrachte Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2015 vor.

Darüber hinaus liegen den Anwesenden nachstehende Anträge zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2015 vor.

1. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.11.2014:  
Außenarbeitsplätze für Menschen mit Behinderung
2. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.11.2014 :  
Durchführung einer Armutskonferenz
3. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 15.11.2014:  
Herabsetzung des Ansatzes für Integrationshelfer für 2015 um 40.000 €
4. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 18.11.2014 und 20.11.2014:  
Übernahme des Antrages von PariSozial: Erhöhung des Ansatzes für die Selbsthilfekontaktstelle von 12.000 € auf 20.000 €
5. Antrag von PariSozial Warendorf vom 25.09.2014
6. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.11.2014:  
Willkommensstruktur für Flüchtlinge ausbauen: Nr. 6): Zugang von Flüchtlingen -sobald wie möglich- zum Arbeitsmarkt oder Integrationsmaßnahmen ermöglichen
7. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.11.2014:  
Willkommensstruktur für Flüchtlinge ausbauen: Durchführung einer Konferenz zur Abstimmung und Weiterentwicklung der Arbeit aller für die Betreuung und Integration von Flüchtlingen tätigen öffentlichen und freien Aufgabenträger
8. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.11.2014:  
Willkommensstruktur für Flüchtlinge ausbauen: Nr. 4): Belange der gesundheitlichen Vorsorge der Kinder / Zugang zum Impfschutz
9. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.11.2014:  
Willkommensstruktur für Flüchtlinge ausbauen: Nr. 5): Einrichtung einer psychosozialen Beratung für traumatisierte Flüchtlinge mit Hilfe von Landesmitteln und freien Trägern
10. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2014:  
Senkung des Ansatzes für die Bildungskarte um 30.000 €
11. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.11.2014:  
Durchführung einer Fachtagung Pflegeergänzende Unterstützungs- und Infrastrukturangebote
12. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 19.11.2014:  
Kürzung des Ansatzes für Betreuungsleistungen um 40.000 € auf 0 €
13. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2014:  
Senkung des Ansatzes für Betreuungsleistungen um 40.000 € auf 0 €

14. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.11.2014:  
Verbesserung der ärztlichen Versorgung im Kreis Warendorf durch finanzielle Anreize zur Niederlassung

Zudem gibt es eine Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion hinsichtlich Mietobergrenzen und Unterkunftskosten im SGB II.

Herr Strübbe stellt die relevanten Seiten des Haushaltsplanentwurfes 2014 (Kennzahlen, Aufwendungen, Erträge) für die Ämter

- Sozialamt,
- Jobcenter und
- Gesundheitsamt

sowie die vorgenannten Anträge zur Beratung und Abstimmung.

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Beteiligung des Kreises am Modellprojekt „Teilhabe an Arbeit – 1.000 Außenarbeitsplätze für Menschen mit Behinderung“ (sh. **Antrag Ziff. 1**) ist keinem bestimmten Produkt zugeordnet.

Herr Blömker begründet den Antrag. Der Kreis als großer Arbeitgeber müsse in der Lage sein, entsprechende Arbeitsplätze bereit zu stellen. Eine Ausweitung des Stellenplanes solle damit nicht erfolgen.

Herr Dr. Funke erläutert, dass er die Möglichkeiten für die Kreisverwaltung geprüft habe. Es sei jedoch schwierig, Menschen mit wesentlicher Behinderung einzustellen, bisher seien keine passenden Stellen gefunden worden. Eine Nachfrage bei den Münsterlandkreisen habe ergeben, dass auch dort keine entsprechenden Stellen vorhanden seien. Lediglich bei der Stadt Münster sei eine Stelle geschaffen worden. Generell beschäftige der Kreis jedoch viele Menschen mit Behinderung, die gesetzliche Quote werde mehr als erfüllt. Der Personalbericht gebe hierzu auch Auskunft.

Frau Birkhahn weist darauf hin, dass es im Rahmen des Modellprojektes Ziel der Landesregierung sei, die Zahl der Außenarbeitsplätze zu erhöhen. Der Kreis solle Menschen mit wesentlicher Behinderung im Blick haben und diese bei passgenauen Arbeitsplätzen auch einstellen. Eine Verpflichtung dazu sei aber nicht möglich.

Frau Schmelter regt an, dass der Kreis Anstrengungen unternehmen solle, Menschen mit wesentlicher Behinderung zu beschäftigen. Es müsse keine Verpflichtung damit einhergehen, diese dauerhaft einzustellen. Der Kreis solle hier ein Zeichen setzen.

Herr Hövelmann weist in diesem Zusammenhang auf die Arbeit des Integrationsfachdienstes im Kreis Warendorf hin, der Menschen mit Behinderungen bei der Suche und Vermittlung einer Arbeits- oder Ausbildungsstelle unterstützt.

Die Initiative für eine Arbeitsplatzsuche müsse i.d.R. von den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen ausgehen, nicht von den Arbeitgebern.

Der Kreis als verantwortungsbewusster Arbeitgeber werde bei entsprechenden Möglichkeiten schon reagieren, ohne dass es eines schriftlichen Auftrages bedarf.



Herr Stöppel befürwortet einen Prüfauftrag an die Verwaltung, um einen Sachstandsbericht in dieser Problematik abzugeben. Der Kreis müsse Vorbild für die Städte und Gemeinden sowie andere Arbeitgeber sein.

Herr Dr. Börger sagt zu, bei frei werdenden Stellen die Möglichkeit der Besetzung mit einem behinderten Menschen zu prüfen. Zudem könne die Fachstelle Behinderte Menschen im Beruf in einer Sitzung zum Thema Ausgleichsabgabe berichten. Auf einen Prüfauftrag an die Verwaltung bittet er zu verzichten.

Herr Blömker verzichtet aufgrund der Zusagen auf eine Abstimmung über den Antrag und einen Prüfauftrag.

Zu den Seiten 206/207, Produkt 050120 Grunds. Alter/Erwerbsminderung, liegt ein Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Durchführung einer Armutskonferenz (sh. **Antrag Ziff. 2**) vor.

Herr Blömker erläutert, dass es beim Antrag nicht um eine finanzielle Hilfe gehe. Ein Austausch zwischen Trägern und Anbietern sei sinnvoll um eine Teilhabe zu ermöglichen und Gemeinschaft zu stärken. Bei einer Armutskonferenz könne ein Austausch zwischen Anbietern und Trägern erfolgen, Impulse gegeben und Beziehungen hergestellt werden.

Frau Birkhahn hält eine Verbesserung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für notwendig, dafür sei jedoch nicht die Durchführung einer Armutskonferenz erforderlich.

Herr Stöppel und Frau Strecker sehen genug vorhandene Netzwerke, der Kreis sei gut aufgestellt. Der Aufwand einer Konferenz sei zu hoch.

Herr Strohbücker regt an, das Thema in die Gesundheitskonferenz einfließen zu lassen.

Herr Strübbe lässt über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
	Ja                    4 Stimmen
	Nein                9 Stimmen
	Enthaltung       2 Stimmen

Zu den Seiten 208/209, Produkt 050130 Hilfen in bes. Lebenssituationen, liegt ein Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vor, die Ansätze für Integrationshelfer für 2015 um 40.000 € herabzusetzen (sh. **Antrag Ziff. 3**).

Frau Birkhahn begründet die Herabsetzung des Ansatzes mit erhofften Einsparungen durch die Steuerung der Mittelverwendung.

Herr Stöppel gibt zu bedenken, dass die zukünftige Entwicklung nicht einzuschätzen sei.

Herr Blömker weist auf den Rechtsanspruch zum Einsatz von Integrationshelfern hin, eine Deckelung des Anspruchs dürfe nicht erfolgen.

Herr Dr. Börger teilt mit, dass Kontakt mit den Schulen aufgenommen wurde, um die Verantwortung mehr auf diese zu delegieren. Über ein Modellprojekt solle das Verfahren entschlackt und mehr Verlässlichkeit für Schule und Eltern erreicht werden. Zudem solle der Anstieg der Kosten abgeschwächt werden. Es bleibe aber bei einer Kostenschätzung.

Es erfolge eine Umbenennung der Integrationshelfer in Schulbegleiter.

Frau Strecker spricht sich gegen eine Kürzung aus, es solle besser auf Qualität gesetzt werden.

Herr Strübbe lässt über den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich angenommen  
                                  Ja                   12 Stimmen  
                                  Nein                4 Stimmen

Zu den Seiten 208/210, Produkt 050130 Hilfen in bes. Lebenssituationen, liegt ein Antrag der SPD-Kreistagsfraktion (sh. **Antrag Ziff. 4**) zur Erhöhung des Ansatzes für die Selbsthilfekontaktstelle von 12.000 € auf 20.000 € vor. Die Begründung ergibt aus dem Antrag von PariSozial Warendorf (sh. **Antrag Ziff. 5**).

Herr Strübbe lässt über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich abgelehnt  
                                  Ja                   7 Stimmen  
                                  Nein               8 Stimmen

Frau Strecker nimmt wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.

Zu den Seiten 213-218, Produkt 050210 Produkt für Arbeitssuchende, liegt eine Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zur Mietobergrenze bei Kosten der Unterkunft vor.

Frau Schreier beantwortet die gestellten Fragen (sh. Anlage 1).

Sie ergänzt, dass die durchschnittliche Dauer bei den Einzelfallentscheidungen (Ziff. 4) sechs Monate beträgt.

Zu den Seiten 213-218, Produkt 050210 für Arbeitssuchende, liegt ein Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Ausbau der Willkommensstruktur für Flüchtlinge (sh. **Antrag Ziff. 6**) vor. Mit Nr. 6 dieses Antrages wird beantragt, dass das Jobcenter den Zugang zum Arbeitsmarkt oder in Integrationsmaßnahmen ermöglicht.

Herr Blömker begründet den Antrag damit, dass eine Fokussierung des Jobcenters auf Flüchtlinge erwünscht sei. Der Antrag betreffe all diejenigen Flüchtlinge, die dem Arbeitsmarkt zugeführt werden können.

Frau Schreier teilt mit, dass sich das Jobcenter dieser Aufgabe in den nächsten 6 Monaten stellen wird und zusammen mit den Kommunen des Kreises, den Wohlfahrtsverbänden, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und den Trägern von Sprachkursen ein Handlungskonzept erarbeiten möchte. Hierfür solle eine auf 2 Jahre befristete halbe Stelle geschaffen und aus dem Eingliederungsbudget finanziert werden.

Sie führt aus, dass dem Arbeitsmarkt u.a.

- a) Kontingentflüchtlinge (vor allem aus Syrien) und
- b) Asylanten / Flüchtlinge nach § 25 Abs. 5 Aufenthaltsgesetz

zugeführt werden können. So werden aus dem Anwendungsbereich des AsylbLG künftig Inhaber von humanitären Aufenthaltstiteln nach § 25 Abs. 5 Aufenthaltsgesetz herausgenommen, wenn die Entscheidung über die Abschiebung bereits 18 Monate und länger zurückliegt. Die betroffenen Personen fallen dann unter den Anwendungsbereich des SGB II bzw. des SGB XII. Es handelt sich hierbei um etwa 285 Personen.

Eine zeitnahe Erhebung vorhandener Kompetenzen unmittelbar nach Antragstellung auf Leistungen nach dem SGB II und die unverzügliche Einleitung entsprechender Fördermaßnahmen - sofern keine Integration möglich ist – sind zielführend. Aufgrund teilweise vielschichtiger Problemlagen der Zielgruppe ist nicht in allen Fällen eine unmittelbare Integration möglich. Vielfältige Unterstützungsangebote müssen zeitnah vorgehalten werden, um dem Anstieg der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II gezielt entgegenzuwirken.

Herr Strübbe lässt über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion und die Konkretisierungen von Frau Schreier abstimmen:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen  
Ja 16 Stimmen

Ein weiterer Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Ausbau der Willkommensstruktur für Flüchtlinge betrifft die Durchführung einer Konferenz zur Abstimmung und Weiterentwicklung der Arbeit aller für die Betreuung und Integration von Flüchtlingen tätigen öffentlichen und freien Aufgabenträger Flüchtlinge (sh. **Antrag Ziff. 7**).

Herr Dr. Börger sieht den Kreis hier nicht als zuständige Stelle. In einer Dienstbesprechung des Landrates mit den Bürgermeistern könnten gemeinsame Überlegungen angestellt werden, der Kreis können jedoch keine Ratschläge erteilen.

Herr Blömker sieht sehr wohl eine Zuständigkeit des Kreises bei dieser Problematik. Der Kreis müsse seinen Einfluss geltend machen bei diesem überregionalen Anliegen.

Frau Birkhahn sieht die Willkommensstruktur in eigener Verantwortung der Städte und Gemeinden, der Kreis könne hier nur Impulse geben.

Herr Stöppel unterstützt den Antrag. Bei dieser großen Herausforderung seien eine Koordinierung und gegenseitige Information erforderlich. Eine Konferenz sei der richtige Ansatz.

Herr Werning ergänzt, dass eine Konferenz einen Erfahrungsaustausch bedeute, von dem alle Teilnehmer profitieren könnten. Es gehe nicht um Vorgaben durch den Kreis.

Herr Strübbe lässt über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich abgelehnt  
                              Ja                   6 Stimmen  
                              Nein               7 Stimmen  
                              Enthaltung      3 Stimmen

Mit Nr. 4 des Antrages zur Willkommensstruktur beantragt die SPD-Kreistagsfraktion die Belange der gesundheitlichen Vorsorge der Kinder sowie Zugang zum Impfschutz Flüchtlinge (sh. **Antrag Ziff. 8**).

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass der Flüchtlingsgipfel NRW den Impfschutz gesichert habe.

Frau Dr. Rehfeldt ergänzt, dass ein Erlass des MGEPA zur Impfung bei der Erstaufnahme in Nordrhein-Westfalen vorliege. Es ist davon auszugehen, dass in Erstaufnahmeeinrichtungen die gesundheitliche Vorsorge und der Impfschutz sichergestellt sind.

Bei Schuleingangsuntersuchungen werden Impfbücher kontrolliert und es wird entsprechend beraten.

Eine Abstimmung über den Antrag hat sich aufgrund der Erläuterungen erübrigt.

Mit Nr. 5 des Antrages beantragt die SPD-Kreistagsfraktion die Einrichtung einer psychosozialen Beratung für traumatisierte Flüchtlinge mit Hilfe von Landesmitteln und freien Trägern (sh. **Antrag Ziff. 9**).

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass dieser Antrag nur von freien Trägern gestellt werden kann. Er habe Kontakt mit diesen aufgenommen und besprochen, dass ein entsprechender Antrag gestellt werde.

Eine Abstimmung über den Antrag erfolgt nicht.

Zu den Seiten 213-218, Produkt 050210 für Arbeitssuchende, liegt ein Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Senkung des Ansatzes für die Bildungskarte um 30.000 € (sh. **Antrag Ziff. 10**) vor.

Herr Blömker begründet den Antrag mit einer Stigmatisierung der betroffenen Personen, die Transferleistungen im Bereich Bildung und Teilhabe über die Bildungskarte

erhalten. Vor deren Einführung sei eine politische Diskussion erforderlich, eine Einführung der Karte solle daher erst 2016 erfolgen.

Frau Schreier weist darauf hin, dass sich die Anzahl der BuT-Anträge seit Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes im Jahr 2011 um über 80 % erhöht habe. In 2011 seien rund 9.700 Anträge gestellt worden, im Jahr 2013 seien es bereits 15.900 Anträge gewesen. Für 2014 würden rund 18.000 Anträge prognostiziert. Gleichzeitig sei die Zahl der Mitarbeiter in diesem Aufgabenbereich jedoch nicht mit gewachsen, was zu erheblichen Arbeitsrückständen geführt habe. Mit Einführung der Bildungskarte müsse – bei weiter steigenden Antragszahlen – aufgrund der vereinfachten Abrechnungsmöglichkeiten kein weiteres Personal eingestellt werden. Derzeit müsse jeder einzelne Gutschein durch das BuT-Personal abgerechnet werden. Monatlich handle es sich hier um ca. 2.000 Gutscheine. Mit der Bildungskarte würde sich der Verwaltungsaufwand hier auf monatliche Abrechnungen reduzieren.

Die Einführung der Bildungskarte würde zudem die Leistungen transparenter machen, indem die zugelassenen Anbieter ihre Leistungen in einem klar strukturierten Web-Formular beschreiben könnten. Dies erleichtere den Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern die Suche nach Angeboten und zugelassenen Leistungsanbietern. Auch sei Transparenz über noch verfügbare Leistungen auf den Bildungskonten gegeben. So sei für die Kinder und deren Eltern über das Online-System der aktuelle Stand der Bewilligung einzusehen, so dass jederzeit eine einfache Information über die Teilhabebudgets möglich sei.

Die Scheckkarte der Fa. Sodexo sei bisher in über 700 Städten und Gemeinden in sechs Bundesländern eingeführt worden. Eine Diskriminierung der Nutzer durch die Scheckkarte sehe sie nicht, erklärt Frau Schreier.

Herr Strübbe lässt über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis:	mehrheitlich abgelehnt	
	Ja	4 Stimmen
	Nein	12 Stimmen

Zu den Seiten 233-236, Produkt 050440 Pflege, liegt ein Antrag der SPD-Kreistagsfraktion auf Durchführung einer Fachtagung Pflegeergänzende Unterstützungs- und Infrastrukturangebote in 2015 (sh. **Antrag Ziff. 11**) vor.

Herr Blömker begründet den Antrag mit dem Erfordernis nach Meinungs- und Erfahrungsaustausch.

Herr Hövelmann bestätigt die Wichtigkeit des Themas. Dieses werde jedoch bereits bundesweit auf vielen Ebenen besprochen, es seien genügend Informationen zu erhalten.

Frau Schulte-Sienbeck bestätigt, dass pflegeergänzende Unterstützungs- und Infrastrukturangebote in jeder Netzwerkkonferenz ein Thema seien. Sie befürwortet, die Struktur im bisherigen Rahmen zu belassen.

Herr Dr. Börger schlägt vor, das Thema in die Pflegekonferenz aufzunehmen und weiter in den örtlichen Netzwerken zu behandeln.

Herr Blömker erklärt sich damit einverstanden. Eine Abstimmung über den Antrag erfolgt nicht.

Zu den Seiten 233-236, Produkt 050440 Pflege, liegen Anträge der CDU-Kreistagsfraktion (sh. **Antrag Ziff. 12**) sowie der SPD-Kreistagsfraktion (sh. **Antrag Ziff. 13**) zur Kürzung des Ansatzes für Betreuungsleistungen im häuslichen Umfeld um 40.000 € auf 0 € vor.

Frau Birkhahn und Herr Blömker begründen die Anträge damit, dass erst ein Konzept erstellt werden solle, bevor Mittel bereitgestellt werden.

Herr Stöppel und Herr Schulte geben zu bedenken, dass der Kreis die Mittel bereitstellen müsse solange unklar sei, ob die Finanzierung über das neue Pflegeversicherungsgesetz erfolge.

Herr Strübbe lässt über die Anträge der CDU- und SPD-Kreistagsfraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis:	mehrheitlich angenommen
	Ja                    11 Stimmen
	Nein                4 Stimmen

Zu den Seiten 291-293, Produkt 070130 Gesundheitsschutz, liegt ein Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung im Kreis Warendorf vor (sh. **Antrag Ziff. 14**).

Frau Hohmann de Palma stellt den Antrag vor.

Herr Stöppel weist darauf hin, dass hier nicht der Kreis, sondern die Kassenärztliche Vereinigung zuständig sei. Dem Antrag fehle die Begründung der beantragten Summe von 200.000 €.

Frau Geiger hält einen finanziellen Anreiz bei der ärztlichen Versorgung nicht für zielführend. Beispiele in Oelde hätten dieses bestätigt.

Frau Hohmann de Palma bekräftigt, dass der Kreis im Bereich der ärztlichen Versorgung tätig werden müsse, die Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel sei nicht entscheidend.

Abschließend zieht Frau Hohmann de Palma den Antrag zurück.

Herr Strübbe lässt über folgende **Beschlussempfehlung** abstimmen:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Jahr 2015 wird, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit gegeben ist, und unter Berücksichtigung der Empfehlungen, die der Ausschuss zu den

von ihm in dieser Sitzung beratenen Anträgen zum Haushalt gegeben hat, zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**Ja 9 Stimmen**

**Nein 0 Stimmen**

**Enthaltung 6 Stimmen**

<b>4.</b>	<b>Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht</b>	<b>162/2014</b>
-----------	--	-----------------

Frau Schreier berichtet

- über die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, Personen in Bedarfsgemeinschaften und die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten,
- über Leistungsberechtigte mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit,
- Ausländische erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach Nationalität und
- ausgewählte Kennzahlen.

(siehe Anlage 1).

In der letzten Sitzung wurde ein möglicher Zusammenhang zwischen der Einführung des Mindestlohns und Arbeitslosigkeit hinterfragt.

Frau Schreier weist darauf hin, dass eine entsprechende Auswertung nicht möglich sei. Kein Wirtschaftsinstitut hat bisher verlässliche Untersuchungen durchgeführt, die die Auswirkungen des Mindestlohnes auf das Sozialgesetzbuch II beschreiben. Es sei aber nach herrschender Fachmeinung davon auszugehen, dass der Mindestlohn keine gravierenden Auswirkungen auf die Zahl der Leistungsberechtigten nach dem SGB II haben wird.

Weitere Rückfragen ergeben sich nicht.



<b>5.</b>	<b>Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2015 für das Jobcenter Kreis Warendorf</b>	<b>165/2014</b>
-----------	--	-----------------

Frau Schreier berichtet zum Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2015. Sie erläutert

- die voraussichtlichen personellen und finanziellen Ressourcen für die Betreuung der Leistungsberechtigten,
- die prozentuale Verteilung der Eingliederungsmittel,
- die geschäftspolitischen Schwerpunkte 2015:
  - o Fortführung der Schwerpunkte aus 2014
  - o Senkung der Kosten der Unterkunft
  - o Beschäftigung erhalten – Hilfebedürftigkeit vermeiden
  - o die Marke Münsterland.

(siehe Anlage 2).

Frau Schreier führt aus, dass zur Senkung der Kosten der Unterkunft u.a. eine Fokussierung auf erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit Erwerbseinkommen und einem Restanspruch von unter 450 € erfolgt sei. Es seien bisher 192 Fälle geprüft worden, in 35 sei die Hilfebedürftigkeit beendet worden.

Herr Blömker gibt zu bedenken, dass durch die Fokussierung keine Ungleichbehandlung der Leistungsberechtigten erfolgen dürfe.

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

**Beschlussvorschlag:**

Dem Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2015 für das Jobcenter Kreis Warendorf wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**Ja                    11 Stimmen**

**Enthaltung      2 Stimmen**

**6. Kommunale Pflegeplanung 2014****094/2014**

Frau Schulte-Sienbeck erläutert die Kommunale Pflegeplanung 2014 anhand einer Präsentation (sh. Anlage 3).

Frau Birkhahn bittet um Unterscheidung der Pflegewohngemeinschaften nach Zielgruppen, im Entwurf Seiten 37/38.

Frau Schulte-Sienbeck sagt zu, diese durch eine entsprechende Ergänzung zu verdeutlichen.

Die Entscheidung über den Beschlussvorschlag zur Kommunalen Pflegeplanung 2014 werde, wie besprochen, der Kreisausschusses in seiner Sitzung am 05.12.2014 treffen.

**7. Richtlinien der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege****182/2014**

Frau Middendorf erläutert die geänderten Richtlinien und weist auf die Synopse mit den überarbeiteten Richtlinien hin. Wesentliche Änderungen betreffen die Mitglieder der Konferenz, es seien Vertreter der Ärzteschaft, der kommunalen Integrationsräte hinzugekommen. Zudem können auf Wunsch sämtliche kreisangehörigen Städte und Gemeinden teilnehmen.

Herr Blömker würde eine breitere Beteiligung der Betroffenen begrüßen, zumindest müssten beide Integrationsräte sowie zwei Vertreter von Selbsthilfegruppen und Interessenvereinigungen vertreten sein.

Herr Dr. Börger warnt davor, dass Gremium zu groß werden zu lassen, es müsse diskussionsfähig bleiben.

Er stellt in Frage, ob alle im Kreistag vertretenen Parteien Mitglied sein sollten.

Herr Stöppel stimmt Herrn Blömker hinsichtlich der Integrationsräte und Selbsthilfegruppen zu, auf die Teilnahme der Parteien könne hingegen verzichtet werden.

Frau Birkhahn befürwortet, dass die Parteien vertreten seien, die Arbeitsfähigkeit der Konferenz müsse jedoch bestehen bleiben.

Herr Blömker beantragt folgende Änderungen in § 2 der Richtlinien:

Ziff. 8: Je ein Vertreter/eine Vertreterin der kommunalen Integrationsräte Ahlen und Beckum

Ziff. 9: 2 Vertreter/innen der örtlichen Selbsthilfegruppen und Interessenvertretungen...

Herr Strübbe lässt über den Antrag abstimmen:

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**Ja 12 Stimmen**

**Enthaltung 1 Stimme**

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung der beantragten Änderung abstimmen:

**Beschlussvorschlag:**

Die Richtlinien werden in der als Anlage übersandten Fassung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**Ja 13 Stimmen**

<b>8.</b>	<b>Umsetzung des Kreisentwicklungsprogramms WAF 2030</b>	<b>100/2014</b>
-----------	--	-----------------

Fragen zum Sachstand der Maßnahmen zum Kreisentwicklungsprogramm 2030 ergeben sich nicht.

Herr Blömker regt an, bei den Tabellen ein größeres Schriftbild zur besseren Lesbarkeit zu verwenden.

<b>9.</b>	<b>Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 19.11.2014</b>	<b>219/2014</b>
-----------	--	-----------------

Herr Schulte begründet Inhalt und Dringlichkeit des Antrages.

Herr Dr. Börger begrüßt den Antrag. Es seien eine große Anzahl Personen betroffen, es sei sinnvoll, diese zu informieren.

Frau Middendorf teilt mit, dass ca. 350 – 400 Leistungsberechtigte betroffen seien. Der monatliche Mehranspruch betrage 78 €.

Ein entsprechender Musterantrag könne erstellt und im Programm LÄMMkom hinterlegt werden. Die Städte und Gemeinde würden informiert und gebeten werden, die Leistungsberechtigten anzuschreiben.

Herr Strübbe lässt über den Dringlichkeitsantrag abstimmen:

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**  
**Ja 13 Stimmen**

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 18.15 Uhr.

Robert Strübbe  
Vorsitzender

Dr. Heinz Börger  
Schriftführer